

Die Tarifierhöhung der ungarischen Staatsbahnen und die Fabriksindustriellen.

Budapest, 17. Oktober.

Der Bund ungarischer Fabriksindustriellen befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Reform der Eisenbahntarife. Die von den Vertretern aller wichtigen Industriezweige besuchte Sitzung eröffnete Magnatenhausmitglied Franz Chorin, indem er einleitend auf den Standpunkt hinwies, den der Bund hinsichtlich der Verteuerung der Tarife schon früher eingenommen hat. Der Bund ist der Ansicht, daß das ungarische Tariffsystem im allgemeinen einer tiefgreifenden Reform bedarf, da der heutige Tarif die österreichische Konkurrenz gegenüber dem ungarischen wirtschaftlichen Leben stärkt. Die jetzige Kriegserhöhung unterliegt natürlich anderen Gesichtspunkten, aber auch bezüglich dieser hat sich mit Entschiedenheit die Auffassung der Interessentkreise herausgebildet, daß die Erhöhung sich nach dem inneren Wert der Waren richten muß. Die ungarische Industrie ist sich darüber im Klaren, daß derartige Erhöhungen nicht nur auf Kriegsdauer gültig bleiben, und sie kann sich daher nicht dem Standpunkte anschließen, daß die Ware jetzt jede Erhöhung der Frachtsätze verträgt. Die durch diese Tarifänderung getroffenen Interessen sind so groß, daß die Fabriksindustrie unbedingt verlangen muß, in dieser überaus wichtigen Angelegenheit angehört zu werden. Sekretär Dr. Mikolauš Möricz konstatierte, daß der in seinen Händen befindliche Entwurf völlig mit Berücksichtigung österreichischer Interessen zustande gekommen ist und daß er die ungarischen Wirtschaftsinteressen vollständig vernachlässigt, sowie es zweifellos erscheint, daß der ganze Entwurf in österreichischen Bureaus hergestellt und bei uns einfach ins Ungarische übersetzt wurde. Laut des Entwurfes kommt der Tarif in degressiver Weise zur Geltung, das heißt die teuersten Artikel, die in die erste Klasse gehören, beabsichtigt er überhaupt nicht zu belasten; diejenigen Fertigfabrikate, die bisher in die zweite Klasse gehörten, reißt er in die erste Klasse ein und belastet sie durchschnittlich mit 27 Prozent, diejenigen aber, die aus der A-Klasse jetzt in die zweite Klasse kommen, mit einer 55prozentigen Erhöhung. Die Tatsache, daß der Entwurf die Waren der ersten Klasse überhaupt nicht belastet, ist vom ungarischen Standpunkte besonders gravaminös, denn in diese Klasse gehören die Fertigfabrikate österreichischer Probenienz und überhaupt die wertvollsten Industrieartikel. Gravaminös ist in dem neuen Tarif auch die Verteuerung der Frachtsätze für Lebensmittel, da hierdurch die Schwierigkeiten der Arbeiterernährung grundlos gesteigert würden. Besondere Einsprache muß gegen jene Maßnahme erhoben werden, daß der größte Teil der Lebensmittel aus der Reihe der Artikel, die als (gemäßigtes) Eisgut befördert werden können, ausgeschlossen werden, wodurch ihr Verkehr erschwert und ihr Preis unverhältnismäßig erhöht wird. So bleiben beispielsweise von diesen Artikeln Fleisch, Gemüse, Konserven und viele andere wichtige Artikel aus. Moriz Szabasz stellt fest, daß schon die Erhöhung der Manipulationsgebühr, die bei Wagenladungswaren, ohne Rücksicht auf die Natur der Ware, 16 Heller pro Meterzentner ausmachen würde, eine große Ungerechtigkeit vom Standpunkte unserer Interessen bedeutet. Die feinen Fertigwaren, die in die erste Klasse gehören, werden nur um diese 16 Heller verteuert, die billigen Massenartikel aber außer der 55prozentigen Erhöhung der Frachtsätze auch um diese noch. Der Entwurf belastet in erster Linie die Artikel, in denen wir aktiv sind oder auf die unsere Industrie angewiesen ist. So ist es bei den Pflanzölen, beim Roheisen, bei der Wolle, in der Lederindustrie, bei den Gerbstoffen, den Eisenbahnwagen und Lokomotiven, beim Mineralwasser und vielen anderen Artikeln. Die Reform würde für die Zeit nach dem Friedensschluß sehr schwere Folgen haben, und es darf nicht zugelassen werden, daß dieser Plan verwirklicht werde. Generaldirektor Paul v. Biró ist gleichfalls der Ansicht, daß die Wirkung dieser Verteuerung in ihrer Gänge nach dem Krieg zur Geltung kommen werde. Er hält es für unverständlich und widerspruchsvoll, daß während einerseits gerade aus Regierungskreisen in begründeter Weise auf die Schwierigkeiten der Uebergangswirtschaft hingewiesen wird, jetzt im vorhinein solche Maßnahmen geplant werden, die gerade für die Zeit des Ueberganges unsere Hände binden und eine gesunde Entwicklung unmöglich machen würden. Die 16 Heller Manipulationsgebühr bedeuten bei einigen Artikeln genau eine 100prozentige Verteuerung, bei anderen überhaupt nichts. Einige Wochen früher haben selbst die Vertreter der ungarischen Staatsbahnen diese Art der Erhöhung eine österreichische Unmöglichkeit genannt. Redner kann es daher nicht verstehen, warum wir uns jetzt an diesen Plan halten sollen. Generaldirektor Emil Bacher würde es für notwendig halten, daß die Bahnverwaltung mitteile, wie viel sie von dieser Reform erwartet. Er hält es für sehr wichtig,

187 X. 1917 222

daß auch das Militär belastet werde, denn je weniger das Militär zahlt, desto mehr wird der bürgerliche Verkehr belastet. Dr. Ernő Reimanu wünscht, daß die Regierung die Interessenvertretung über den Plan der Kohlentarifreform orientiere. Direktor Max Fenyö erwähnt, daß die Regierung den Gedanken der Belastung des Militärtarifs nicht sehr sympathisch aufgenommen habe. Baron Moriz Kornfeld hält es für erwünscht, daß der Bund diese Frage vor die Öffentlichkeit bringe. Die geplante Reform diene zweifellos einseitig österreichischen Industrieinteressen. Generaldirektor Philipp Wimmer glaubt, richtiger als dieser unmögliche Plan wäre eine einheitliche und durchschnittliche Belastung des Verkehrs, wie dies bei der Kriegstransportsteuer geschehen sei, worauf Dr. Gustav Bokor meint, man dürfe den Krieg nicht dazu benutzen, diese ungeheuerliche Reform ins Leben treten zu lassen, denn das könnte mehr Schaden als der schlechteste Ausgleich oder der schlechteste Handelsvertrag. Hierauf besprach die Versammlung noch die Frage, wie man mit der meisten Aussicht auf Erfolg gegen das Inslebentreten des Entwurfes ankämpfen könne, und beschloß, daß die Interessenvertretungen sich mit den Details noch befassen und den Entwurf nach Industriezweigen gesondert verhandeln sollen.